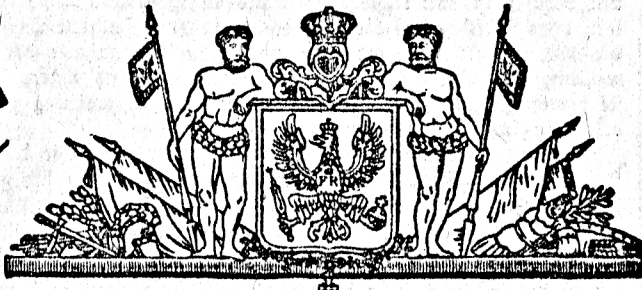


Wolffsche



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Abreise der Amerikaner aus Paris?

Die Friedensberatung in Washington.

Drahtmeldungen.

Haag, 28. August. (S. A.)

Das „Hollandsch Nieuwsburo“ meldet aus Paris: Die amerikanische Friedensdelegation wird sich an Wilson mit der Frage wenden, ob es sich lohnt, daß sie noch länger in Paris bleibt, um die Probleme von Südosteuropa zu lösen. Von der Antwort des Präsidenten wird es abhängen, ob sie noch bleibt, oder ob sie nach Washington zurückkehrt und es Europa überläßt, Ordnung in das Chaos zu bringen, daß durch den Einfall der Rumänen in Ungarn geschaffen wurde.

b Genf, 27. August.

Französische Blätter berichten: Nachrichten aus guter Washingtoner Quelle hätten in den maßgebenden Pariser Kreisen den Eindruck erweckt, daß die Vereinigten Staaten den Friedensvertrag ratifizieren werden. Die Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung im Senat sei so gut wie gesichert. Die 46 demokratischen Senatoren gingen selbstverständlich mit Wilson und unter den 49 republikanischen Senatoren gebe es eine Gruppe von 20, die den Vertrag mit einigen Erläuterungen ratifizieren wollen. Unter den weiteren 29 Republikanern sei zwar eine starke Gruppe, besonders aus dem Westen, unbedingt gegen die Ratifizierung. Aber es gebe andere Republikaner unter Führung von Mac Comber, die schwankend seien und die amerikanischen Freiheiten zwar besser geschützt zu sehen wünschen, aber keine Verzögerung in der dringend notwendigen Herstellung des Friedens wünschen und deshalb dem Vertrag schließlich ihre Zustimmung geben werden.

Amerikas Nichtbeteiligung an den Grenzkommissionen.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

os Amsterdam, 28. August.

Nach einer „Times“-Meldung aus New York hat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten in Washington einen Beschluss zum Friedensvertrag angenommen, wonach Amerika in keiner Weise an den im Vertrag genannten Grenzkommissionen sich beteiligen darf und an allen Stellen, wo in Verbindung mit diesen Kommissionen das Wort „Assoziierte Mächte“ vorkommt, das Wort „Assoziierte“ gestrichen werden muß.

Das neue Kabinett Friedrich.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Budapest, 28. August.

Stefan Friedrich bildete ein Kabinett in folgender Zusammensetzung:

- Ministerpräsident und Innenministerium: Stefan Friedrich.
- Außenministerium: der frühere Legationsrat Graf Emmerich Czaky.
- Ackerbauministerium: Julius Rubinel.
- Handelsminister: Franz Heinrich.
- Finanzminister: Johann Gruen.
- Kriegsminister: General Schneider.
- Volksernährung: Karl Crely.
- Kultus und Unterricht: Karl Suszart.
- Justiz: Georg Balogh.
- Minister für nationale Minderheiten: Salob Mayer.
- Volksgesundheitswesen: Andreas Csillery.
- Propaganda: Stefan Haller.
- Minister für die kleinen Landwirte: Stefan Szabo.
- Minister der Industriearbeiter: Daniel Dian.

Für den Augenblick hat Stefan Friedrich seinen Willen durchgesetzt und die Kabinettsleitung behalten. Es ist aber kaum anzunehmen, daß seinem neuen Ministerium ein längeres Dasein beschieden sein wird, als den Kabinetten, die sich in Budapest seit dem Sturz Bela Kuns gefolgt sind. Auch das neue Ministerium ist ausgesprochen reaktionär. Die bürgerlichen Demokraten und die Sozialdemokraten sind darin nicht vertreten, denn Franz Heinrich ist politisch zu farblos, um als Wortführer der Linken gelten zu können. Die Entente wird auch diesem Kabinett die Anerkennung voraussichtlich versagen.

Antilemische Kundgebung in Budapest.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

* Frankfurt, 28. August.

Aus Budapest meldet der Sonderberichterstatter der „Frankfurter Zeitung“ eine Kundgebung antilemischen Charakters. In dem Schloßhof der Ofener Königsburg hatte sich eine nach Tausenden zählende Menge, die aus Anhängern der christlich-sozialen und

missionen sich beteiligen darf und an allen Stellen, wo in Verbindung mit diesen Kommissionen das Wort „Assoziierte Mächte“ vorkommt, das Wort „Assoziierte“ gestrichen werden muß.

Reuter brachte die Meldung in anderer Form. Danach habe die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten mit 9 gegen 7 Stimmen beschlossen, Amerika „von der Mitgliedschaft der internationalen Kommission zur Feststellung der Grenze zwischen Belgien und Deutschland“ auszuschließen. Ferner habe die Kommission dem Vertrag eine Anzahl Anträge angehängt, welche die Vereinigten Staaten auch von anderen Kommissionen ausschließen und viele Veränderungen im Friedensvertrag nötig machen werden.

Ägypten vor dem Senatsauschuß.

Drahtmeldung.

Amsterdam, 28. August.

Der „Daily Herald“ vom 26. August meldet aus Washington, daß Holt vor dem Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten erklärte, Großbritannien habe gegenüber Ägypten wie ein Straßenzünder gehandelt. Das an die Vereinigten Staaten gerichtete Ersuchen Englands, das britische Protektorat gutzuheißen, sei nichts anderes als ein an der Unabhängigkeit Ägyptens begangener Raub. Holt sagte, er spreche im Auftrage der von der ägyptischen Regierung nach Paris entsandten Friedenskommission, die in Wirklichkeit augenblicklich von den Engländern in Paris gefangen gehalten werde und man die Reise nach den Vereinigten Staaten verweigere. Holt erklärte, Ägypten bitte den Senat um Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts.

Wilson und Oberst Houle.

Drahtmeldung des „Hollandsch Nieuwsburo“.

Haag, 28. August.

Aus New York wird gemeldet: „New York Sun“ erzählt, daß es zwischen Wilson und Oberst Houle zu einem Konflikt gekommen ist. Die Beziehungen zwischen beiden waren bereits seit längerer Zeit wegen der Schantung- und der Fiume-Frage gespannt. Es scheint, daß es jetzt zu einem Bruch gekommen ist.

christlich-nationalen Richtung bestand, zu einer Kundgebung versammelt. Zahlreich vertreten waren Postbeamte und Eisenbahner und auch eine Anzahl Geistlicher. Die Demonstranten entzündeten eine Abordnung zu der im Schloße wohnenden Ententekommission, um die Forderung zu erheben, daß in das Ministerium keine Juden aufgenommen werden dürfen. Die gewerkschaftlich organisierte sozialistische Arbeiterschaft sollte zwar in der Regierung vertreten sein, die Judenführer jedoch werde man im politischen Leben nicht mehr dulden. Während die Menge die Rückkehr der Abordnung abwartete, sang sie patriotische Lieder und brachte neben Schmähsprüchen auf die Juden auch Elfenrufe auf das christliche Ungarn aus.

Schließlich verkündete ein Redner die Antwort der Ententekommission. Sie forderte die Demonstranten zur Ruhe und Geduld auf. Die Leitung der Miierten habe sich überzeugt, daß hier eine Bewegung im Entstehen sei, der man volle Beachtung schenken müsse. Die Versammlung nahm diesen Beschluß mit erneuten Kundgebungen antilemischen Charakters auf. Zwischendurch wurden einzelne Juden, die sich unter die Zuschauer gemengt hatten, von der Menge ergriffen und unter furchtbaren Prügelein vertrieben.

Auflösung des Wiener kommunilitischen Volkwehrebataillons.

Wien, 28. August. (W. Z. B.)

Amlich wird verlautbart, daß der Staatssekretär für Heerwesen wegen herrschender Mißstände das Volkwehrebataillon 41 auflöste. Ein Teil, welcher sich Disziplinärwidrigkeiten zuschulden kommen ließ, wird aus der Volkwehre ausgeschieden, die übrigen Leute werden auf andere Volkwehrebataillone verteilt.

Der Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Drahtmeldung der „Wolffschen Zeitung“.

* Wiesbaden, 28. August.

Von jetzt ab ist auch der telefonische und telegraphische Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Deutschland von den Franzosen freigegeben worden, allerdings unter dem Vorbehalt einer Kontrolle. Die erleichterten Bedingungen für die Einreise aus dem unbesetzten Deutschland zum Zwecke der Ruz. aber nicht zu dauerndem Aufenthalt sind nunmehr zwischen der französischen Besatzungsbehörde und dem Magistrat vereinbart und sofort in Kraft getreten.

Demokratie und Verwaltung.

Von

Dr. Ludwig Walbecker,

Professor an der Universität Berlin.

Die Revolution bedeutet den Umbau eines höchst komplizierten Staatswesens, die Umgestaltung einer außerordentlich fein gegliederten und empfindlichen Wirtschaft. Ihre Wirkungen können und dürfen sich deshalb, wenn nicht ein staatlich und politisch völlig unhaltbarer Zustand eintreten soll, nicht darauf beschränken, daß der alte Laden rot angestrichen wird und einfach die alten Waren eine rote Etikette bekommen. Das Geschäft selbst muß geändert werden. Unsere Regierungssozialisten betonen denn auch, daß sie in erster Linie Demokraten sind: das Geschäft soll also tatsächlich in einem neuen Geiste, dem der parlamentarischen Demokratie, geführt werden. Dazu genügt es aber nicht, daß ein von dem Vertrauen der parlamentarischen Mehrheit berufenes und getragenes Ministerium regiere, sondern es muß gefordert werden, daß es auch nach demokratischen Grundgesetzen verwalte. Gewiß ist es vor allem wichtig, von welchen Männern und nach welchem Kurs das Staatsschiff gelenkt wird; für das Leben und die Geschäfte des Alltags jedoch ist es weit wichtiger, in welchem Sinne die Regierung von den ihr erteilten Vollmachten Gebrauch mache und die ihr verliehenen Befugnisse ausübe. Konkret gesprochen: Sicherlich ist es nicht gleichgültig, ob wir Schutzoll oder Freihandel, direkte oder indirekte Steuern haben werden; mindestens ebenso wichtig ist aber, wie die Verwaltung die vorhandenen Rohstoffe oder Lebensmittel verteilt, die Steuern einzieht, die Ordnung des Verkehrs regelt, die Freiheit der Person schützt, den Dienstbetrieb der Behörden ordnet u. a. m.

Dreihundert Jahre lang ist der deutsche Staatsbürger in diesen Dingen nicht um seine Meinung gefragt und, abgesehen von den Anfängen einer staatlich stark beaufsichtigten Selbstverwaltung, auch kaum tätig gewesen. Die mit diesem System verbundenen Mängel sind durch die Qualität und die Stellung unseres Berufsbeamtenstandes im großen ganzen leidlich verdeckt worden. Gewißlich war dieses Berufsbeamtenstandes keineswegs politisch völlig desinteressiert; die Verwaltung war an manchen Stellen mehr als recht und gut von politischen Gesichtspunkten beeinflusst. Aber es stand in einer, fast beabsichtigt anmutenden, vom Kastengeist geborenen und von bürokratischer Engherzigkeit genährten Weltfremdheit doch in gewissem Sinne über den Parteien und jenseits wirtschaftlicher Interessen. Die eigenartige Schichtung der aus Angehörigen der verschiedensten politischen Parteien zusammengesetzten Beamenschaft paralytisierte in sich selbst allzu schroff hervortretende Parteibestrebungen. Dazu gab der hierarchische Aufbau unserer Bürokratie eine gewisse Gewähr für eine unparteiische und objektive Handhabung der der Verwaltung anvertrauten weitgehenden Befugnisse.

Wie die Dinge bei uns geworden sind, wird man dieses, vom Obrigkeitstaat geschaffene, System des Berufsbeamtenstandes auch in Zukunft nicht entbehren können. Aber dieses Berufsbeamtenstandes wird seinen Charakter völlig ändern, denn die Berufsbeamten werden zu arbeiten haben unter der Aufsicht und Leitung von Vorgesetzten, die gerade in den höchsten Stellen grundsätzlich nur nach politischen Gesichtspunkten ausgewählt sind. Damit tritt als bewußte und gewollte Folge das ein, was man dem seitherigen System zum Vorwurf machte: Gerade die Stelle, die den Geist und die Richtung der Verwaltung bestimmt, die in allen wichtigen Fragen das letzte und ausschlaggebende Wort spricht, und die schließlich über die „Karriere“, d. h. über das Lebensschicksal der Berufsbeamten entscheidet, gerade sie steht grundsätzlich im Banne einer bestimmten politischen Partei, deren Programm sie vertreten wird, ja vielleicht sogar zu vertreten verpflichtet ist. Welchen Einfluß das auf alle der Ministerialinstanz nach- und untergeordneten Stellen der Verwaltung hat, zeigen die Erfahrungen in Amerika und Frankreich.

Mit der Zeit soll und wird also die Verwaltung im Sinne der jeweiligen Mehrheit des Parlaments geführt werden. Es ist der einseitige Versuch zwischen der Verwaltung und dem Staat herrschenden Mehrheit und der Verwaltung stattfindet. Es war ein Krebsgeschwür, daß seither ein von der jeweiligen Parlaments-Mehrheit völlig unabhängiges Berufsbeamtenstandes die Geschäfte ohne Rücksicht auf die Forderungen und Wünsche der jeweiligen Mehrheitsparteien führte; hemgegenüber benutzten eben diese Parteien ihrerseits jede Gelegenheit, um ihren Einfluß auf die Exekutive, und zwar nicht nur auf deren Leitung, sondern auch auf die einzelnen Maßnahmen der Verwaltung geltend zu machen. Die dadurch gezeitigten Kämpfe entzogen auf beiden Seiten die besten Kräfte ungleich wichtigeren Aufgaben und riefen auf Seiten des Parlaments eine solche Erbitterung gegen die Regierung hervor, daß häufig genug bedeutende und allgemeine Interessen beispielsweise nur deshalb zu kurz kamen, weil ein Landrat einer Druckerlei die amtlichen Aufträge entzogen oder ein Briefträger einen politisch adressierten Brief nicht rechtzeitig bestellte hatte. Wer jemals Zeuge derartiger unfruchtbarer, manchmal auch unwillkürlicher Debatten gewesen ist, der kann nur mit Grausen an diese Zeit und Arbeitskraft verwendenden Kämpfe zurückdenken. Das parlamentarisch-demokratische System wird sie uns für die Zukunft ersparen. Die Herren Ressortchefs werden nach dieser Richtung den sonst nicht allzu freudig begrüßten Etatsdebatten mit Ruhe und Gelassenheit entgegensehen können.

Aber dieses idealische Zukunftsbild hat eine Reversoite: die Forderungen und Wünsche der Minderheit kommen zu kurz. Das ist an sich kein Unglück. Gefährlich ist nur,